

# Gesellschaftliche Teilhabe

im Rahmen der [Tagung19](#) zum Thema „**Der Sozialstaat sind wir alle**“  
des Armutsnetzwerks Steiermark; GrazMuseum, am 29. Oktober 2019;  
geleitet von *Stephanie Schebesch-Ruf* und *Arno Niesner*

Die Anwesenheit von Teilnehmenden mit Fachkenntnissen ermöglichte uns, dieses Thema zu vertiefen. Wir versuchten, Antworten darauf zu erhalten, **wie wir als Armutsnetzwerk Steiermark den vorhandenen Widerständen begegnen können, um die Zahl der Armutsgefährdeten in der Steiermark (nachhaltig) zu verringern.**

In unserem [Impuls](#) gingen wir davon aus, dass soziale Investitionen in den verschiedensten sozioökonomischen Schichten weitgehend anerkannt sind. **Geht es allerdings um soziale Absicherung, dann bedürfen die Forderungen der Betroffenen der Zustimmung der Reichen**, um *in Rechtsansprüche transferiert* zu werden. Jedenfalls wurde diese sogenannte „selektive Responsivität“ zuerst in den USA und seit 2017 auch in Deutschland wissenschaftlich nachgewiesen. Bezogen auf Österreich ist es für uns daher lediglich eine Annahme, dass diese Sachlage hierzulande ebenso gegeben resp. wissenschaftlich zu entdecken ist.

In der anschließenden Diskussion kreisten die Themen unserer Einschätzung nach sehr stark um diese beiden Komplexe:

- **Soziale Absicherung hängt an Erwerbsarbeit**
- **Relative Armut hat keine Lobby**

Konkret notierten wir uns: Soziale Investitionen: es wird gespart – Welche Partei vertritt mich als BetroffeneR? > NichtwählerInnen-Thematik - **Über wen reden wir?** Über Asylwerbende? Über die, die **wählen dürfen?** - wer vertritt Interessen der NichtwählerInnen?

„gegen die Oberen kann ich eh nichts tun“: dagegen sollen wir (Anm.: vermutlich nicht nur als Armutsnetzwerk, sondern auch in den Mitgliedsorganisationen) etwas tun

Bildungsaspekt für die Praxis (Diskussion des Bildungsbegriffes - nicht nur [aber doch eher] politische Bildung): **Reflexions- & Kritikfähigkeit** (2x) – Soziale Segmentierung gehört in Österreich zum Aufwachsen dazu

„Revolution“ funktioniert über Einfluss, Geld und breite Beteiligung

Armutsbekämpfung hat **keine Lobby** (mehr politisch)

soziale Investitionen kein Substitut für sozialen Schutz

es geht um **Macht**: sich diesbezüglich parteipolitisch zu orientieren ist der nicht mehr (ausreichend) gangbare Weg

**untere Einkommenschichten** sind in den Parlamenten **nicht ausreichend vertreten, Zielgruppen zu Beteiligten machen**, Keine Alibibeteiligung, **Sichtbar machen in Regionen/Gemeinden** und in verschiedenen Bevölkerungsgruppen; Sichtbar machen: **Medienarbeit** auch dahingehend, dass JournalistInnen dafür gewonnen/informiert werden (Anm.: Journalismuspreis „[von unten](#)“ – **PR: wo sind Verbündete?** – Sensibilisierung bei

Industriellenvereinigung – Überzeugungsarbeit bei Menschen mit hohem Einkommen (Anm.: siehe Hinweis zu „[selektiver Responsivität](#)“)

in den Mitgliedsorganisationen forschen, woran es gesetzgeberisch mangelt, um welche Bedürfnislagen zu verbessern

fehlende **Solidarität** – Armutsbetroffene werden im öffentlichen Diskurs oft selbst zu Schuldigen ihrer eigenen Situation gemacht - Arbeitslose trauen sich nicht öffentlich zu Wort melden

**kurze Vollzeit** – es geht sehr stark um **Erwerbsarbeit**, es geht um das Anheben der Löhne bis hin zu Anrecht auf Sabbatical – Reha und gewisse andere sozialstaatliche Leistungen nur, wenn erwerbsmäßig gearbeitet und eingezahlt > es fehlt Lobby (Anm.: Ausgrenzung mit und durch das herrschende SV-SYSTEM)

**Bedingungsloses Grundeinkommen** (Anm.: mehrfache Zustimmung) – Nachteile von BGE: sich selbst um alles kümmern müssen - auch abseits vom Erwerbseinkommen geht es um Menschen, die Unterstützung benötigen, um sich auszudrücken

**Stadtteilarbeit:** lernen, sich und die **eigenen Bedarfe/Bedürfnisse** zu **artikulieren** – die „richtigen“ Parteien (aber welche sind das) müssen auch gewählt werden



Flipchart-Präsentation mit weiteren Argumenten